****

**Das Recht auf Nahrung in Nepal**

Briefing-Papier und Empfehlungen

des Nepal-Dialogforums

September 2019

**Inhalt**

1. Hunger in Nepal
2. Zugang zu Ackerland, Wäldern und anderen natürlichen Ressourcen
3. Arbeit und Einkommensmöglichkeiten
4. Umwelt- und Klimazerstörung
5. Nahrungsmittelhilfe
6. Monitoring
7. Initiativen der Regierung

Sowie: **Empfehlungen an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestags**

1. **Hunger in Nepal**

Nepal gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern („LDCs“, Least Developed Countries) und befindet sich derzeit auf Platz 149 des Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index 2018).[[1]](#footnote-1) Neuesten Schätzungen der FAO[[2]](#footnote-2) zufolge leiden ungefähr 2,8 Millionen der etwa 30 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Nepals an Unterernährung, das sind 9,5 Prozent der Bevölkerung. Etwa zwei Fünftel aller Kinder (ungefähr eine Million) unter fünf Jahren sind chronisch unterernährt, fast 10 Prozent leiden an akuter Unterernährung.[[3]](#footnote-3) 35 Prozent der Frauen im reproduktiven Alter (2,8 Millionen) leiden unter Anämie. Rund ein Drittel der Bevölkerung gilt als arm, [[4]](#footnote-4) 15 Prozent müssen laut UNDP mit weniger als 1,90 US Dollar pro Tag auskommen.[[5]](#footnote-5)

Besonders Haushalte mit geringem Einkommen geben einen großen Teil davon für Nahrungsmittel aus, können kaum Ersparnisse bilden und müssen Abstriche in Bezug auf andere wichtige Ausgaben machen (z.B. bei Bildung oder Gesundheit). Jüngere Ereignisse und Entwicklungen, wie die schweren Erdbeben vom April und Mai 2015, die innen- und außenpolitische Konfliktlage in der Grenzregion zu Indien nach September 2015 sowie die schweren Überflutungen 2017 haben diese Situation noch verschärft.

Betroffen sind insbesondere marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Dalits[[6]](#footnote-6), ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und Menschen, die mit HIV/Aids leben. Insgesamt sind dabei Frauen und Mädchen stärker betroffen als Männer und Jungen. Sie werden vielfach diskriminiert und von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, etwa beim Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen wie Fischgründen und Wäldern, oder beim Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheit, Bildung und Arbeit. Meist sind es auch sie, die Opfer von Vertreibungen werden. [[7]](#footnote-7)

Geringe landwirtschaftliche Erträge aufgrund zu kleiner oder ungünstiger Anbauflächen führen dazu, dass nicht ausreichend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf bzw. für die Vermarktung produziert werden können. Darüber hinaus mangelt es an Kaufkraft, da Erwerbsmöglichkeiten fehlen und die Löhne niedrig sind. Verstärkt wird die Situation durch ein mangelhaftes Sozialsystem.

1. **Zugang zu Ackerland, Wäldern und anderen natürlichen Ressourcen**

Obwohl mehr als 70 Prozent der Bevölkerung Nepals von der Landwirtschaft lebt, bewirtschaften viele Bauern und Bäuerinnen sehr kleine und häufig auch unergiebige Parzellen, von deren Ertrag sie ihren Lebensunterhalt nicht angemessen bestreiten können. Fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche ist im Besitz von lediglich sieben Prozent der Bevölkerung. Dagegen besitzen die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung nur ca. drei Prozent des Landes.[[8]](#footnote-8) 5,5 Millionen Menschen besitzen gar kein Land.[[9]](#footnote-9) Wald, Flüsse und Seen sind extrem wichtig für das Überleben vieler ländlicher Gemeinschaften,insbesondere der indigenen Bevölkerung, von denen viele fast ausschließlich auf den Zugang zu Land und zu anderen natürlichen Ressourcen für die Selbstversorgung angewiesen sind. Restriktionen, die zum Beispiel durch die Einrichtung von Nationalparks auferlegt werden, sowie die unrechtmäßige Nutzung durch andere, zum Bespiel bei illegaler Abholzung, schränken diesen Zugang erheblich ein.

Darüber hinaus wird fruchtbares Land zunehmend knapp, bedingt durch Faktoren wie Verstädterung (Bebauung von landwirtschaftlichen Flächen) und Bevölkerungswachstum. Ein weiteres Problem ist der Zugang zu Saatgut. Viele Bauern und Bäuerinnen erleiden Ernteverluste durch Saatgut von minderer Qualität, welches mangels staatlicher Kontrollsysteme auf dem Markt angeboten wurde und wird. Eine gemeinschaftsbasierte Saatgutproduktion sowie der Austausch zwischen Bauern und Bäuerinnen werden bisher nur unzureichend gefördert.

Der Fokus der Landwirtschaftspolitik richtet sich bisher eher auf Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion und die Bereitstellung von Nahrungsmitteln in Gebieten mit Nahrungsmitteldefiziten. Der Zugang zu Ressourcen und eine gerechte Verteilung finden dagegen wenig Beachtung. Dieser Ansatz geht jedoch am Kern der Problematik vorbei: Die Menge an im Land produzierten Nahrungsmitteln ist kein Indikator dafür, dass die Betroffenen ihr Recht auf Nahrung wahrnehmen können – die Erfahrungen zeigen, dass die Förderung von Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft vor allem größeren landwirtschaftlichen Betrieben zugutekommt. Gerade die am stärksten betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen an Marginalstandorten profitieren häufig nicht von derartigen Maßnahmen (z.B. fehlt es noch immer an Bewässerungssystemen für Kleinbauern und –bäuerinnen). Auch die meist landlosen Landarbeiter und Landarbeiterinnen werden bisher nicht in die staatliche Förderung einbezogen und damit weiter marginalisiert.

Weiterhin fehlen nachhaltige und partizipative Rehabilitierungsprogramme für Opfer von Naturkatastrophen. Öffentliche Nahrungsverteilungsprogramme erreichen oft nicht die am stärksten Betroffenen und es mangelt an einem funktionierenden Monitoringsystem.

Trotz des erheblichen Beitrags von Frauen an der landwirtschaftlichen Erzeugung besitzen die meisten von ihnen kein eigenes Land. Nur knapp 20 Prozent der Haushalte geben an, dass Land im Besitz von Frauen ist.[[10]](#footnote-10) Auch der Zugang zu Wald ist für Frauen erschwert, da ihre Beteiligung in den sogenannten Nutzergruppen des Waldes im geltenden Waldgesetz[[11]](#footnote-11) nicht angemessen berücksichtigt wird. Positiv scheinen sich einige Maßnahmen der Regierung auszuwirken, wie z.B. Steuererleichterungen für Land, das im Namen der Frau registriert wird, oder finanzielle Anreize für gemeinsame Landtitel von Ehepartnern. Darüber hinaus wird in der Verfassung von 2015 die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Bezug auf das elterliche Erbe untersagt.

Die Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen besteht aber nach wie vor. Viele indigene Minderheiten sowie andere benachteiligte Gruppen sind bis heute weder formal anerkannt noch ordnungsgemäß erfasst. Sie sind beim Zugang zu Ressourcen sowie bei der Unterstützung durch staatliche Sozialprogramme benachteiligt. Darüber hinaus bedarf es besonderer Anerkennung und Unterstützung bei der Erhaltung und Förderung wertvoller indigener Wissenssysteme und Ressourcen.

Programme zur Wasserversorgung sind meist auf die Städte konzentriert, insbesondere in ländlichen Gebieten gibt es erhebliche Mängel. Dies führt zu gesundheitlichen Problemen und zu einer höheren Arbeitsbelastung insbesondere von Frauen, die traditionell für die Wasserversorgung der Familien zuständig sind.

1. **Arbeit und Einkommensmöglichkeiten**

In Nepal gibt es arbeitsrechtliche Regelungen, die z.B. gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren. In der Realität arbeiten allerdings Viele im informellen Sektor, insbesondere aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen, und vor allem die Menschen in ländlichen und abgelegenen Gegenden. Die informelle Arbeit bietet keine adäquate Entlohnung. Häufig liegt das informelle Einkommen unterhalb des ohnehin schon niedrigen Mindestlohns.

Daneben stellt die Migration von Jugendlichen aufgrund von ungünstigen Arbeits- und Lebensperspektiven auf dem Land ein weiteres Problem dar. Über 1000 junge Menschen emigrieren jeden Tag ins Ausland auf der Suche nach Arbeit zur Sicherung ihres Lebensunterhalts. Die Förderung von Landwirtschaft und ländlichen Unternehmen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Land könnten diesem Trend entgegenwirken.

1. **Umwelt- und Klimazerstörung**

Nepal steht weltweit an elfter Stelle auf der Liste der am meisten vom Klimawandel gefährdeten Staaten. Klimaveränderungen in Form von veränderten Temperaturen, kürzeren oder längeren Jahreszeiten und Veränderungen bei den Niederschlägen - längere Trockenzeiten verbunden mit stärkeren und unvorhersehbaren Regenfällen - sind mittlerweile überall zu beobachten. Das prognostizierte starke Abschmelzen von Gletschern erhöht die Gefahr von durch Gletscherseeausbrüche verursachte Sturzfluten, und gefährdet dramatisch die Wasserversorgung in der gesamten Region.[[12]](#footnote-12) Insbesondere ärmere Bevölkerungsgruppen leiden unter den Auswirkungen, da sie kaum Kapazitäten haben, sich den veränderten Bedingungen anzupassen.[[13]](#footnote-13)

1. **Nahrungsmittelhilfe**

Nepal erhält seit den 1950er Jahren Nahrungsmittelhilfen. Diese Lieferungen sind in ihrer Wirkung umstritten, zumal sie zu einem Zeitpunkt aufgenommen wurden, als es in Nepal keine Ernährungskrise gab. Nicht zuletzt wegen der Nahrungsmittelhilfe und der damit verbundenen Programme (z.B. Food for Work) wurden die strukturellen Ursachen des Hungers nicht wirksam angegangen. Die Lebensgrundlage der betroffenen Menschen konnte durch die jahrzehntelange Hilfe nicht nachhaltig gesichert werden. So wurde z. B. die dringend benötigte Einrichtung oder Wiederherstellung von Bewässerungssystemen nicht berücksichtigt. Abgesehen von der Ausgabe von subventioniertem Reis wurden vor allem lokale Infrastruktur wie Wege, einfache Straßen und Gemeindegebäude gefördert.

Für die nepalesische Regierung sind Bereitstellung und Transport der subventionierten Nahrung in die abgelegenen Gebiete mit hohen Kosten verbunden[[14]](#footnote-14) – angesichts fehlender Nachhaltigkeit und der negativen Wirkungen eine zweifelhafte Investition. Kritisiert wird auch die Vergabepraxis, welche in der Regel intransparent und nicht nach sozioökonomischen Kriterien erfolgt und viele Hungernde vom Bezug ausschließt. Gründe dafür sind unter anderem die fehlende Berücksichtigung von Menschenrechtsstandards einschließlich Monitoring und Rechtsschutz (zum Beispiel die Möglichkeit gerichtlich gegen Umsetzungsmängel vorzugehen) sowie die insgesamt fehlende Einbindung dieser Programme in eine menschenrechtsbasierte Entwicklung.

1. **Monitoring**

Bei Verletzungen des Rechts auf Nahrung und auch anderer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte gehen die Verantwortlichen in der Regel straflos aus. Sie werden weder identifiziert noch für Unterlassungen oder Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen. Das betrifft sowohl staatliche Programme und Maßnahmen als auch gerichtliche Entscheidungen, deren Umsetzung keinem Monitoring unterliegt.

Seit der Einrichtung der drei Menschenrechtsinstitutionen[[15]](#footnote-15) in Nepal vor 13 Jahren ist der Anteil ihrer Empfehlungen bezogen auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte verschwindend gering geblieben (13 von 735 Empfehlungen)[[16]](#footnote-16). Dies zeigt einerseits einen Mangel an Bewusstsein bei denjenigen, deren Rechte verletzt werden, macht aber auch deutlich, dass es an entsprechendem Fokus und an Kapazitäten bei diesen Institutionen mangelt. Beschwerden in Bezug auf die Umsetzung des Rechts auf Nahrung wurden bisher nicht angemessen nachverfolgt.

Es ist zu begrüßen, dass die nationale Menschenrechtskommission mit dem „Monitoring Framework for Implementation of Human Rights to Adequate Food in Nepal“ aktiv an der Entwicklung eines Leitfadens beteiligt war, anhand dessen die Implementierung des Rechts auf Nahrung in Nepal systematisch vorangebracht werden kann.[[17]](#footnote-17)

1. **Initiativen der Regierung**

Nepal hat die internationalen Menschenrechtsverträge weitgehend unterzeichnet und erkennt in seiner Verfassung die staatliche Pflicht zur Umsetzung aller Menschenrechte an.

Als eine Antwort auf die Ernährungskrise wurden das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität als Grundrechte in der neuen nepalesischen Verfassung verankert.[[18]](#footnote-18) Zu den verfassungsmäßigen Grundrechten gehören unter anderem die Rechte auf Arbeit, Wohnen, Gesundheitsversorgung, saubere Umwelt, soziale Sicherung, des weiteren Rechte von Frauen, Kindern, Dalits, Menschen mit Behinderung und anderen besonders marginalisierten Bevölkerungsgruppen sowie das Recht gegen Diskriminierung und Ausbeutung. Im Rahmen der Richtlinien für die Staatspolitik (Directive Principles) ist eine Landreform vorgeschrieben.[[19]](#footnote-19) Entsprechend dem verfassungsmäßigen Auftrag das Recht auf Nahrung gesetzlich zu verankern, wurde ein entsprechendes Gesetz am 16. September 2018 vom Parlament verabschiedet. Auch zu anderen in der Verfassung garantierten Grundrechten wurden Gesetze erlassen[[20]](#footnote-20). Durch eine geplante Ergänzung des Nationalparkgesetzes (National Park and Wild Life Conservation Act 2029 (fifth amendment) sollen die Rechte derjenigen, die für ihren Lebensunterhalt auf den Zugang zu natürlichen Ressourcen angewiesen sind, gestärkt werden. [[21]](#footnote-21)

Darüber hinaus hat die nepalesische Regierung eine Strategie zur Umsetzung der globalen 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) verabschiedet, welche auch das nachhaltige Entwicklungsziel 2 umfasst (SDG 2: End hunger, achieve food security and improved nutrition and promote sustainable agriculture).[[22]](#footnote-22) Der nationale Zero Hunger Challenge Action Plan 2025 hat das Ziel den Hunger in Nepal bis zum Jahr 2025 zu beenden und räumt dem Recht auf Nahrung dabei Priorität ein.[[23]](#footnote-23) Weitere positive Initiativen von Seiten der nepalesischen Regierung sind die Agriculture Development Strategy[[24]](#footnote-24), der Food and Nutrition Security Plan of Action 2013[[25]](#footnote-25) und der vierzehnte Fünfjahresplan[[26]](#footnote-26), die u.a. eine Gesetzgebung zum Recht auf Nahrung vorsehen.

**Empfehlungen an die Bundesregierung**

**und die Abgeordneten des Deutschen Bundestags**

Wir empfehlen, die Entwicklungsarbeit auf die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu fokussieren, die sich für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards, für die soziale, ökonomische und politische Inklusion sowie den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen von marginalisierten und diskriminierten Bevölkerungsgruppen einsetzen.

Bitte setzen Sie sich für die Durchführung von Projekten ein, welche partizipativ sind, Armut und Hunger mildern und das Recht auf Nahrung unterstützen, d.h. unter anderem durch die Durchführung von Maßnahmen zur Bewältigung der chronischen Ernährungskrise und für eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Landwirtschaft. Die hohe Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors und seine bisher vernachlässigte Behandlung erfordern besondere Aufmerksamkeit. Hier sollte ein deutliches Signal gesetzt werden, um die Förderung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Hungerbekämpfung als primäre Aufgabe zu stärken. Dabei sollten Aufbau und Stärkung effektiver rechtsstaatlicher als auch demokratischer und föderaler Strukturen und Institutionen konkret unterstützt werden.

***Wir möchten Sie bitten, im Dialog mit der nepalesischen Regierung und mit nepalesischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf folgende Empfehlungen besonders hinzuweisen:***

* die Kapazitäten der lokalen Behörden bei der Umsetzung der entsprechenden Gesetze, Strategien, Richtlinien und Pläne zu verbessern und sicherzustellen, dass öffentlich Bedienstete auf nationaler, föderaler, Provinz- und Lokalebene über das Menschenrecht auf Nahrung, sein ganzheitliches Konzept und seine Bedeutung für ihre Arbeit informiert sind;
* eine umfassende nationale Strategie zur Ernährungssicherung für alle - unter besonderer Berücksichtigung marginalisierter und benachteiligter Gruppen - zu erarbeiten; und dabei insbesondere die Implementierung bestehender Gesetze zu berücksichtigen;
* die Umsetzung von für das Recht auf Nahrung relevanten Empfehlungen der Vereinten Nationen, insbesondere in Bezug auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und das Allgemeine Länderprüfverfahren des Menschenrechtsrates (UPR); die Implementierung der FAO Leitlinien zur Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern, der FAO Leitlinien zum Recht auf Nahrung sowie die Erklärung zur Stärkung der Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten;
* die wirksame Beteiligung an Entscheidungsverfahren für diejenigen, die von Umsiedlung oder Vertreibung bedroht sind, und geeignete Abhilfemaßnahmen, einschließlich Maßnahmen zur Vermeidung, Entschädigung, Wiedergutmachung, Rehabilitierung und Nichtwiederholung sicherzustellen;
* nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken zu fördern, sowie den Zugang zu produktiven Ressourcen (Boden, Saatgut und Wasser) für die am stärksten Marginalisierten und Benachteiligten zu sichern;
* im Rahmen des Wiederaufbaus und der Rehabilitierung nach Katastrophen wie den Erdbeben vom April und Mai 2015 oder den schweren Überschwemmungen 2017 Menschenrechtsprinzipien wie Nicht-Diskriminierung, Partizipation, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu berücksichtigen.

**Stand: September 2019**

1. http://www.hdr.undp.org/en/countries/profiles/NPL [↑](#footnote-ref-1)
2. FAO 2018: The State of Food Security and Nutrition in the World –BUILDING CLIMATE RESILIENCE

FOR FOOD SECURITY AND NUTRITION [↑](#footnote-ref-2)
3. Ebd. [↑](#footnote-ref-3)
4. Multidimensional Poverty Index; GOVERNMENT OF NEPAL, NATIONAL PLANNING COMMISSION 2018, https://www.npc.gov.np/images/category/Nepal\_MPI.pdf [↑](#footnote-ref-4)
5. United Nations Development Programme, Human Development Reports, Human Development Index (HDI) 2018, http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi [↑](#footnote-ref-5)
6. Dalits („die Gebrochenen“) werden häufig aufgrund des hinduistischen Kastensystems ausgegrenzt. Früher wurden sie auch als "unberührbar" bezeichnet. [↑](#footnote-ref-6)
7. PARALLEL REPORT THE RIGHT TO ADEQUATE FOOD OF WOMEN IN NEPAL Combined fourth and fifth periodic report of States Parties - Submitted to CEDAW’s 49th Session, https://www.fian.org/fileadmin/media/publications\_2015/2011\_7\_Nepal\_Women\_RtF.pdf [↑](#footnote-ref-7)
8. Originalquelle: http://un.org.np/oneun/undaf/landless, zitiert in FIAN Nepal Parallel Information: The Right to Adequate Food in Nepal, August 2014, Kathmandu, S.13 [↑](#footnote-ref-8)
9. CSRC (2009): Land and land tenure security in Nepal: A study report. Kathmandu, Nepal [↑](#footnote-ref-9)
10. Central Bureau of Statistics 2011 National Population Housing Census 2011 (National Report), CBS, Kathmandu. “19.71 percent of households reported the ownership of land or house or both in the name of female member of the household” [↑](#footnote-ref-10)
11. Forest Act 1993 [↑](#footnote-ref-11)
12. The Hindu Kush Himalaya Assessment: https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-319-92288-1.pdf [↑](#footnote-ref-12)
13. Initial National Communication to the Conference of the Parties of the United Nations Framework Convention on Climate Change https://unfccc.int/resource/docs/natc/nepnc1.pdf [↑](#footnote-ref-13)
14. ‘Improving Food Security for Vulnerable Communities in Nepal’, Oxfam case study, June 2011, https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/cs-improving-food-security-nepal-010611-en.pdf [↑](#footnote-ref-14)
15. National Human Rights Commission (NHRC), National Women Commission (NWC), National Dalit Commission (NDC) [↑](#footnote-ref-15)
16. A Summary Report on the Status of Implementation of NHRC Recommendations to the Government in the past 13 Years, S.2,http://www.nhrcnepal.org/nhrc\_new/doc/newsletter/Thirteen%20Years%20Brief%20Report%20Complaint%20Recomd2070.pdf [↑](#footnote-ref-16)
17. http://www.fao.org/right-to-food/resources/resources-detail/en/c/1037434/ [↑](#footnote-ref-17)
18. Constitution of Nepal 2015, Article 36. Right to food:

(1) Each citizen shall have the right to food.

(2) Every citizen shall have the right to be protected from a state of starvation, resulting from lack of food stuffs.

(3) Every citizen shall have the right to food sovereignty as provided for in law. [↑](#footnote-ref-18)
19. Constitution of Nepal 2015: Part 4: Directive Principles, Policies and Obligations of the State; 50. State Policies: (e) Policies relating to agriculture and land reforms:

(1) to make scientific land reforms having regard to the interests of the

farmers, while ending the dual ownership existing in the lands, (..)

http://www.lawcommission.gov.np/en/archives/category/documents/prevailing-law/constitution/constitution-of-nepal [↑](#footnote-ref-19)
20. https://thehimalayantimes.com/kathmandu/fundamental-rights-related-bills-passed/ [↑](#footnote-ref-20)
21. http://fiannepal.org/multi-stakeholders-consultation-workshop-on-proposed-national-park-and-wildlife-conservation-act-2029-for-amendment/?lang=en [↑](#footnote-ref-21)
22. Sustainable Development Goals 2016-2030 National (Preliminary) Report, Government of Nepal National Planning Commission 2015, available at <http://www.np.undp.org/content/dam/nepal/docs/reports/SDG%20final%20report-nepal.pdf>, assessed January 30, 2017 [↑](#footnote-ref-22)
23. Nepal: Zero Hunger Challenge National Action Plan (2016 - 2025) February 2016 Ministry of Agricultural Development, Singhadurbar, Kathmandu, Nepal, February 2016, available at [http://www.npc.gov.np/images/category/ZHC\_NAP\_(2016\_-\_2025).pdf](http://www.npc.gov.np/images/category/ZHC_NAP_%282016_-_2025%29.pdf), assessed 30 Jan 2017 [↑](#footnote-ref-23)
24. Agriculture Development Strategy (ADS) 2015 to 2035 Part: 1 Government of Nepal, Ministry of Agricultural Development, Singhdurbar, Kathmandu, available at http://www.dls.gov.np/uploads/files/ADS%20Final.pdf assessed 30 Jan2018 [↑](#footnote-ref-24)
25. Ministry of Agricultural Development (MOAD), NEPAL, Food and Nutrition Security Plan of Action (FNSP) A National Programme for Food and Nutrition Security, April 2013, available at http://www.nnfsp.gov.np/PublicationFiles/d405d609-bb00-4708-831c-149dea4b4f49.pdf assessed 30 Jan 2018 [↑](#footnote-ref-25)
26. Fourteenth 5th Year Plan Government of Nepal, National Planning Commission, http://www.npc.gov.np/images/category/14th-plan-full-document.pdf [↑](#footnote-ref-26)